

Klaus Pottmeyer

Die Überleitung der
Arbeitsverhältnisse im Falle
des Betriebsinhaberwechsels nach
§ 613a BGB und die Mitbestimmung
gemäß §§ 111 ff. BetrVG

B46678

Juristische Gesamtbibliothek
der Technischen Hochschule
Darmstadt



PETER LANG

Frankfurt am Main · Bern · New York · Paris

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S	XII
A B K Ü R Z U N G S V E R Z E I C H N I S	L
E I N L E I T U N G	1
1. Die herrschende Meinung zum Eintritt des Betriebs- erwerbers in die Arbeitsverhältnisse nach § 613a BGB	1
a) Der automatische Eintritt und der Betriebsbegriff des § 613a I 1 BGB	2
b) Der automatische Eintritt und das Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers	4
2. Die herrschende Meinung zur Anwendung der §§ 111ff. BetrVG auf den Betriebsinhaberwechsel	11
3. Fabricius' Kritik an der herrschenden Meinung	12
4. Die Problemstellung und die thematische Eingrenzung	18

E R S T E R T E I L

<u>DER EINTRITT DES BETRIEBSERWERBERS IN DIE RECHTE UND PFLICHTEN AUS BESTEHENDEN ARBEITSVERHÄLTNISSEN NACH § 613a BGB</u>	21
--	----

E r s t e r A b s c h n i t t

<u>Die Auslegung des § 613a I 1 BGB</u>	30
---	----

A. Die Wortlautinterpretation	30
I. Der Betriebsbegriff des § 613a I 1 BGB	30
1. Der im Schrifttum vertretene Betriebsbegriff des § 613a I 1 BGB	31
2. Die eigene Herleitung des Betriebsbegriffs des § 613a I 1 BGB	32
3. Das Ergebnis zu I. und die weitere Vorgehensweise	36
II. Die Auslegungsalternativen	37
1. Die Auslegung bei Einbeziehung der Arbeitnehmer in den Betriebsbegriff des § 613a I 1 BGB	37

	<u>Seite</u>
a) Die rechtsgeschäftliche Vertragsübernahme als Auslegungsmöglichkeit bei Einbeziehung der Arbeitnehmer in den Betriebsbegriff	37
b) Die Bedenken gegen die Auslegungsalternative	39
aa) Die Bedenken aus dem überwiegend verwandten Sprachgebrauch des Begriffs "Betrieb" im Zusammenhang mit "Betriebsübergang"	40
bb) Die Bedenken aus dem Wortlaut der Rechtsfolgebestimmung des § 613a I 1 BGB	46
c) Das Ergebnis zu 1.	47
2. Die Auslegung bei Ausklammerung der Arbeitnehmer aus dem Betriebsbegriff des § 613a I 1 BGB	48
a) Der automatische Eintritt als Auslegungsmöglichkeit bei Ausklammerung der Arbeitnehmer aus dem Betriebsbegriff	48
b) Die Bedenken gegen die Auslegungsalternative als alleinige Interpretationsmöglichkeit	49
aa) Die fehlende Aussagekraft der Formulierung "tritt ... ein"	50
bb) Der fehlende Vorbildcharakter des § 571 BGB	52
cc) Der fehlende klarstellende Zusatz in der Rechtsfolgebestimmung des § 613a I 1 BGB	54
dd) Das Ergebnis zu 2.	55
3. Die vom Wortlaut nicht gedeckten Regelungsmöglichkeiten	56
a) Die Novation als vom Wortlaut nicht gedeckte Regelungsmöglichkeit	56
b) Die Differenzierungen bezüglich des erfaßten Personenkreises als vom Wortlaut nicht gedeckte Regelungsmöglichkeiten	56
c) Der automatische Eintritt mit Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers als vom Wortlaut nicht gedeckte Regelungsmöglichkeit	57
d) Die rechtsgeschäftliche Vertragsübernahme mit Kontrahierungszwang als vom Wortlaut nicht gedeckte Regelungsmöglichkeit	58

	<u>Seite</u>
III. Das Ergebnis zu A.	59
B. Die systematische Interpretation	59
I. Die im Schrifttum vertretenen Schlußfolgerungen aus der systematischen Stellung des § 613a BGB	60
II. Die eigenen Schlußfolgerungen aus der systematischen Stellung des § 613a BGB	61
1. Die Argumente gegen die vom BAG vertretene Auffassung	61
2. Die Argumente gegen die dem BAG widersprechende Ansicht	65
III. Das Ergebnis zu B.	66
C. Die Interpretation nach der Entstehungsgeschichte	66
I. Die Materialien zu dem Gesetz vom 15.1.1972	67
1. Die Bedeutung der "Anlehnung" der Materialien an die "einschlägige Rechtsprechung"	68
2. Der Inhalt der "einschlägigen Rechtsprechung"	70
a) Die Rechtsprechung des RAG	70
b) Die Rechtsprechung des BAG	70
aa) Die einen automatischen Übergang ausdrück- lich ablehnenden Entscheidungen des BAG	71
bb) Die Urteile des BAG vom 26.5.1955 und 20.3.1958	72
cc) Das Urteil des BAG vom 1.2.1971	75
c) Die Rechtsprechung der Instanzgerichte	76
aa) Das Urteil des LAG Mannheim vom 30.11.1951	77
bb) Die einen automatischen Übergang der Arbeits- verhältnisse bejahenden Gerichtsentscheidungen	79
(1) Die Urteile der Arbeitsgerichte Berlin und Wesel sowie des OVG Münster	80
(2) Die Urteile des LAG Frankfurt vom 5.12.1961 und 1.12.1964	81

	<u>Seite</u>
3. Die Schlußfolgerung aus der "einschlägigen Rechtsprechung" für die Auslegung des § 613a I 1 BGB	82
4. Das Ergebnis zu I.	85
II. Die Materialien zu der Novellierung vom 13.8.1980	85
1. Die Materialien auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft	85
2. Die Materialien auf nationaler Ebene	88
III. Das Ergebnis zu C.	90
D. Die teleologische Interpretation	90
I. Die Ansichten zum Sinn und Zweck des § 613a BGB im Schrifttum	90
II. Die Bedeutung des Sinns und Zwecks für die Interpretation des § 613a I 1 BGB	94
III. Die eigene Herleitung des Sinns und Zwecks des § 613a BGB	95
1. Die Sicherung und Erhaltung der Arbeitsplätze (Bestandsschutz)	95
a) Die Auseinandersetzung mit den bislang vertretenen Argumenten	95
aa) Die Herleitung im Schrifttum aus den Materialien zum BetrVG 1972	95
bb) Die Herleitung im Schrifttum aus der Systematik des § 613a BGB	97
cc) Die Herleitung im Schrifttum aus dem "Charakter der Norm"	98
dd) Das Ergebnis zu a)	98
b) Die Herleitung aus dem Streitstand vor dem Inkrafttreten des § 613a BGB	98
c) Die Herleitung aus den Materialien zu der Gesetzesnovelle vom 13.8.1980	102
aa) Die Materialien auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft	103
bb) Die Materialien auf nationaler Ebene	105

	<u>Seite</u>
d) Das Ergebnis zu 1.	108
2. Die Kontinuität des Betriebsrates und des Betriebsratsamtes	108
a) Die Herleitung aus dem Streitstand vor dem Inkrafttreten des § 613a BGB	109
b) Die Herleitung aus den Materialien zum Gesetz vom 15.1.1972	111
c) Die Herleitung aus den Materialien zur Gesetzesnovelle vom 13.8.1980	114
aa) Die Materialien auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft	114
bb) Die Materialien auf nationaler Ebene	115
d) Das Ergebnis zu 2.	116
3. Die Betriebskontinuität	117
a) Der Schutz des Erwerberinteresses	117
b) Der Schutz des Interesses der Allgemeinheit	119
c) Das Ergebnis zu 3.	120
4. Der Schutz des Betriebsveräußerers	120
5. Die von Fabricius angenommenen Funktionen des § 613a I 1 BGB	122
a) Die Festlegung des Übergangszeitpunkts als Funktion des § 613a I 1 BGB	122
b) Die Anerkennung des Übergangs ganzer Arbeitsverhältnisse als Funktion des § 613a I 1 BGB	124
III. Das Ergebnis zu D.	127
E. Das Ergebnis zum Ersten Abschnitt	128
Z w e i t e r A b s c h n i t t	
<u>Die Verfassungsmäßigkeit des gefundenen Auslegungsergebnisses</u>	
A. Die Verletzung des Grundrechts des Betriebsveräußerers aus Art. 14 I GG	129

	<u>Seite</u>
B. Die Verletzung der Grundrechte des Betriebserwerbers	133
I. Die Vereinbarkeit mit Art. 12 I GG	133
1. Der Eingriff in den Schutzbereich des Art. 12 I GG	133
2. Die Verfassungsmäßigkeit des Eingriffs	135
a) Die zwangsweise Überleitung der Arbeitsverhältnisse als Einschränkung der Freiheit der Berufsausübung	135
b) Die Verfassungsmäßigkeit der Einschränkung der Freiheit der Berufsausübung	136
II. Die Vereinbarkeit mit Art. 2 I GG	138
III. Das Ergebnis zu B.	139
C. Die Verletzung der Grundrechte des Arbeitnehmers	140
I. Die Vereinbarkeit mit Art. 12 II GG	140
II. Die Vereinbarkeit mit Art. 12 I GG	141
1. Der Eingriff in den Schutzbereich des Art. 12 I GG	141
2. Die Verfassungswidrigkeit des Eingriffs	141
a) Der automatische Eintritt in die Arbeitsverhältnisse als Eingriff in die Freiheit der Berufsausübung	141
b) Die Vereinbarkeit des Eingriffs mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	142
aa) Die Mitwirkung des Arbeitnehmers beim Übergang des Arbeitsverhältnisses als milderes Mittel gegenüber dem automatischen Eintritt wegen des Interesses an der Person des Arbeitgebers	144
bb) Die Mitwirkung des Arbeitnehmers beim Übergang des Arbeitsverhältnisses als milderes Mittel gegenüber dem automatischen Eintritt wegen der damit verbundenen Vorteile	147
cc) Das Ergebnis zu b)	149
3. Das Ergebnis zu II.	150
III. Die Vereinbarkeit mit Art. 2 I GG	150

	<u>Seite</u>
IV. Die Vereinbarkeit mit Art. 1 I 1 GG	150
1. Die im Schrifttum gegen eine Unvereinbarkeit mit Art. 1 I 1 GG vorgebrachten Argumente	151
2. Die eigene Auffassung	152
3. Das Ergebnis zu IV.	154
D. Das Ergebnis zum Zweiten Abschnitt	155
 D r i t t e r A b s c h n i t t 	
<u>Die Korrektur des § 613a I 1 BGB</u>	155
A. Die teleologische Reduktion des § 613a I 1 BGB	156
I. Die verdeckte Lücke als Voraussetzung für eine teleologische Reduktion	156
II. Die Ausfüllung der verdeckten Lücke durch teleologische Reduktion	157
III. Das Ergebnis zu A.	160
B. Die Konsequenzen der Gesetzeskorrektur im Hinblick auf das Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers	161
I. Die Rechtsnatur des Widerspruchsrechts	161
II. Die Einzelfragen im Zusammenhang mit dem Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers	161
1. Die Möglichkeit einer Zustimmung des Arbeitnehmers vor dem Betriebsübergang	162
2. Die Möglichkeit von Widerruf, Widerrufsvorbehalt und Anfechtung der Zustimmung bzw. deren Verweigerung	163
3. Die Aufforderung des Betriebsveräußerers oder des Betriebserwerbers zur Abgabe einer Erklärung und die Überlegungsfrist des Arbeitnehmers	164
4. Der Erklärungsgegner	168
5. Die konkludente Zustimmung des Arbeitnehmers	168
6. Die Informationsobliegenheit des Veräußerers	170

Vierter Abschnitt

Das Ergebnis zum Ersten Teil

172

ZWEITER TEIL

DIE ANWENDUNG DER §§ 111ff. BETRVG AUF DEN FALL DES
BETRIEBSINHABERWECHSELS

175

Erster Abschnitt

Der Betriebsinhaberwechsel als Betriebsänderung
iSv. § 111 BetrVG

175

A. Das Verhältnis zwischen § 613a BGB und §§ 111ff. BetrVG	179
I. Die Begründung der wohl überwiegenden Meinung	180
II. Die Stellungnahme	181
1. Die Schlußfolgerungen aus dem Wortlaut der Vorschriften	181
2. Die Schlußfolgerungen aus den Gesetzesmaterialien	182
3. Die Schlußfolgerung aus den Regelungsinhalten der Vorschriften	184
III. Das Ergebnis zu A.	185
B. Das Verhältnis zwischen § 111 S. 2 BetrVG und Satz 1 der Vorschrift	185
I. Der Streitstand	186
1. Die wohl herrschende Ansicht	186
2. Die Gegenmeinung	187
3. Die Auffassung des BAG	188
II. Die Stellungnahme unter Einbeziehung der vorgebrachten Argumente	188
1. Die Wortlautinterpretation	188
2. Die Interpretation nach der Entstehungsgeschichte	194

	<u>Seite</u>
a) Die Entstehungsgeschichte des BetrVG 1952	195
b) Die Entstehungsgeschichte des BetrVG 1972	196
c) Das Ergebnis zu 2.	197
3. Die sonstigen Erwägungen	197
a) Die praktische Relevanz einer Generalklausel in § 111 S. 1 BetrVG	197
b) Die Vereinbarkeit mit dem Gebot von Rechtssicherheit und Rechtsklarheit	198
III. Das Ergebnis zu B. und der weitere Gang der Darstellung	201
C. Der Betriebsinhaberwechsel als Fall des § 111 S. 2 BetrVG	201
I. Die Betriebsstillegung iSv. § 111 S. 2 Nr. 1 BetrVG	201
II. Die Betriebsverlegung iSv. § 111 S. 2 Nr. 2 BetrVG	203
III. Die Zusammenlegung von Betrieben iSv. § 111 S. 2 Nr. 3 BetrVG	204
IV. Die Einführung grundlegend neuer Arbeitsmethoden iSv. § 111 S. 2 Nr. 5 BetrVG	205
V. Die Betriebseinschränkung iSv. § 111 S. 2 Nr. 1 BetrVG	205
1. Der Begriff der Betriebseinschränkung	205
a) Der Meinungsstand	206
b) Die Stellungnahme	208
2. Die Verwirklichung der Betriebseinschränkung im Falle des Betriebsinhaberwechsels	209
a) Die Verwirklichung im Falle der Veräußerung ganzer Betriebe	209
b) Die Verwirklichung im Falle der Betriebsteils- veräußerung	210
aa) Die Einschränkung des ganzen Betriebes iSv. § 111 S. 2 Nr. 1 BetrVG	210
bb) Die Einschränkung eines wesentlichen Betriebsteils iSv. § 111 S. 2 Nr. 1 BetrVG	211

	<u>Seite</u>
(1) Die Möglichkeit wesentlicher Nachteile bei Übergang der Arbeitsverhältnisse eines zahlenmäßig erheblichen Teils der Gesamtbelegschaft	212
(2) Die Möglichkeit wesentlicher Nachteile bei Übergang der Arbeitsverhältnisse nur eines zahlenmäßig unwesentlichen Teils der Gesamtbelegschaft	214
VI. Die grundlegende Änderung der Betriebsanlagen iSv. § 111 S. 2 Nr. 4 BetrVG	215
VII. Die grundlegende Änderung des Betriebszwecks iSv. § 111 S. 2 Nr. 4 BetrVG	217
VIII. Die grundlegende Änderung der Betriebsorganisation iSv. § 111 S. 2 Nr. 4 BetrVG	219
1. Der Begriff der grundlegenden Änderung der Betriebsorganisation iSv. § 111 S. 2 Nr. 4 BetrVG	219
2. Die Verwirklichung im Falle des Betriebsinhaberwechsels	220
a) Die Verwirklichung im Falle der Veräußerung ganzer Betriebe	220
b) Die Verwirklichung im Falle der Betriebsaufspaltung	222
c) Die Verwirklichung im Falle der Betriebsteilsveräußerung	222
IX. Das Ergebnis zu C.	223
D. Der Betriebsinhaberwechsel als Fall des § 111 S. 1 BetrVG	224
I. Der Betriebsinhaberwechsel als Betriebsänderung iSv. § 111 S. 1 BetrVG	224
1. Der materielle Begriff der Betriebsänderung	224
2. Der formelle Begriff der Betriebsänderung	225
3. Die Stellungnahme	227
II. Die Möglichkeit des Vorliegens wesentlicher Nachteile iSv. § 111 S. 1 BetrVG	228
E. Das Ergebnis zum Ersten Abschnitt und seine Vereinbarkeit mit Europäischem Recht	229
I. Das Ergebnis	229
II. Die Vereinbarkeit des Ergebnisses mit Europäischem Recht	230

Z w e i t e r A b s c h n i t t

<u>Die Rechtsfolgen der §§ 111ff. BetrVG im Falle des Betriebsinhaberwechsels</u>	232
---	-----

A. Das Unterrichts- und Beratungsrecht des Betriebsrates nach § 111 S. 1 BetrVG	232
--	-----

B. Der Interessenausgleich und der Sozialplan nach § 112 BetrVG	234
---	-----

C. Der Nachteilsausgleichsanspruch gemäß § 113 BetrVG	235
---	-----

S C H L U S S B E T R A C H T U N G	236
-------------------------------------	-----

1. Das Ergebnis zum Eintritt des Betriebserwerbers in die Arbeitsverhältnisse nach § 613a I 1 BGB	236
--	-----

2. Das Ergebnis zur Mitbestimmung im Falle des Betriebs- inhaberwechsels nach den §§ 111ff. BetrVG	237
---	-----

3. Der rechtspolitische Ausblick	238
----------------------------------	-----